

Vorstandsvergütung: Erweiterte Kriterien haben wenige	2
Arbeitszufriedenheit: Ein sicherer Job ist entscheidend	2
Gesundheit: Psychostress im Job weltweites Problem	3
Eurokrise: Mit vier Schritten aus der Krise – Eurozone braucht neue Balance	4
Arbeitsschutz: Fortschritt durch Gewerkschaften	6
Erwerbsminderungsrente: Ohne Job oft keine Reha	7
TrendTableau	8

VORSTANDSVERGÜTUNG

Bremsen für Top-Bezüge greifen nicht

Nach wie vor hängen die Gehälter von DAX-Managern vor allem vom Gewinn ihres Unternehmens ab. Weil wirksame Obergrenzen fehlen, wurden 2011 zum Teil Rekordwerte erreicht.

Das 2009 verabschiedete Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung sollte für mehr Transparenz und Nachhaltigkeit sorgen. Doch obwohl alle Konzerne im DAX 30 die gesetzlichen Vorgaben erfüllen, weist das System der Vorstandsvergütung immer noch erhebliche Schwachstellen auf. Das zeigt eine Studie der Unternehmensberater Peter Wilke und Katrin Schmid, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung die Vergütungsberichte der DAX-Unternehmen für 2011 ausgewertet haben.*

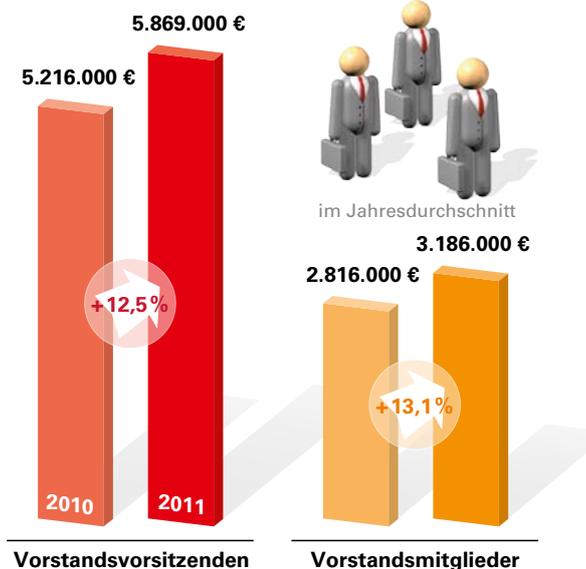
Nachhaltigkeit verstehen die untersuchten Unternehmen in erster Linie als ökonomische Kategorie: Fast alle hätten große Teile der variablen Vergütung an die mehrjährige wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt, so Wilke und Schmid. Nur 8 der 30 DAX-Konzerne berücksichtigten darüber hinaus alternative Kriterien wie Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit oder Umweltschutz bei der Festlegung der Vorstandsgehälter. Oft bleibe allerdings unklar, wie diese Kriterien genau in die Berechnungen einfließen.

Für die Höhe der Vergütung gebe es mittlerweile in den meisten DAX-Unternehmen Obergrenzen, sogenannte Caps. Allerdings, kritisieren die Experten, seien diese Grenzen in fast allen Fällen so hoch angesetzt, dass sie keine wirklich limitierende Wirkung haben. Bei einzelnen Vorständen sei es zu „historisch bisher nicht erreichten Höhen in der Gesamtvergütung“ gekommen. Ein prominentes Beispiel: VW-Chef Martin Winterkorn, dessen Salär 2011 über 18 Millionen Euro betrug. Im Schnitt hätten die Vorstandsvorsitzenden der DAX-30-Konzerne 5,9 Millionen Euro verdient, die Vorstandsmitglieder 3,2 Millionen Euro. Damit sei bei den Vorstandsbezügen inzwischen wieder das Vorkrisen-Niveau von 2008 erreicht.

Auch die Entwicklung der Pensionsansprüche halten die Autoren für problematisch. Zwar habe die Höhe der jährlichen Neuzusagen im Vergleich zu 2010 leicht abgenommen. Die insgesamt erworbenen Anwartschaften einzelner Vorstände hätten allerdings neue Spitzenwerte erreicht. „Bei Vorstandsgehältern in Millionenhöhe muss beim Thema Altersvorsorge das Prinzip der Eigenvorsorge stärker gefordert und etabliert werden“, empfehlen Wilke und Schmid. ◀

Vorstandsbezüge steigen weiter

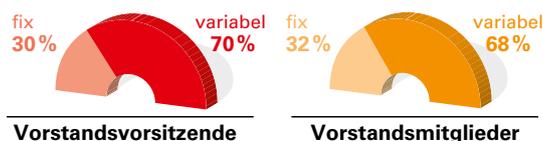
In DAX-30-Unternehmen änderten sich die Bezüge* der...



Die darin enthaltenen Pensionszusagen betragen...



Das Verhältnis von fixen und variablen Anteilen** betrug...



* fixe und variable Vergütungen, Nebenleistungen und Pensionszusagen; ** ohne Nebenleistungen und Pensionszusagen; Quelle: Wilke, Schmid 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: Peter Wilke, Katrin Schmid: Entwicklung der Vorstandsvergütung 2011 in den DAX-30-Unternehmen, Arbeitspapier 269 der Hans-Böckler-Stiftung, September 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Erweiterte Kriterien haben wenige

Soziale oder ökologische Kriterien spielen bei der Vorstandsvergütung meistens noch keine Rolle.

Doch es gibt Ausnahmen.

Die variablen Bestandteile von Managergehältern hängen in der Regel von finanziellen Kennziffern wie der Wertentwicklung oder dem Gewinn eines Unternehmens ab. Erweiterte Kriterien haben im vergangenen Jahr 8 der 30 DAX-Unternehmen und 4 von 50 M-DAX-Konzernen angewandt.*

Die Allianz, die Deutsche Telekom, Fraport, SAP und Volkswagen haben neben rein betriebswirtschaftlichen Größen die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit für die Vergütungsberechnung herangezogen, die Deutsche Lufthansa darüber hinaus Umwelt-Kriterien. BMW berücksichtigt

unter anderem ökologische Innovationsleistungen und die Attraktivität als Arbeitgeber. Die Deutsche Post vereinbart mit ihren Vorständen ein „Mitarbeiterziel“, Fielmann berücksichtigt die Kundenzufriedenheit. Das Gehalt von Gildemeister-Managern ist gekoppelt an Zielwerte für Forschung und Entwicklung, Unternehmenskommunikation sowie Aus- und Weiterbildung. Zu den erweiterten Kriterien der Hamburger Hafen und Logistik gehören Vorgaben für Umwelt und Soziales. RWE erhebt einen Index für ökologisches und gesellschaftliches Handeln und einen Motivationsindex. ◀

* Quelle: Peter Wilke, Katrin Schmid: Entwicklung der Vorstandsvergütung 2011 in den DAX-30-Unternehmen, Arbeitspapier 269 der Hans-Böckler-Stiftung, September 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Ein sicherer Job ist entscheidend

Unsicherheit macht unglücklich: Nichts senkt die Arbeitszufriedenheit derart stark wie die Angst, den Job zu verlieren.

Ob Deutsche mit ihrem Arbeitsplatz zufrieden sind, hängt stark davon ab, ob ihre Beschäftigung sicher ist. Dieser Effekt ist deutlich stärker als in allen anderen europäischen Ländern, wie eine aktuelle Studie des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (Gesis) zeigt.* Die Sozialwissenschaftlerinnen Anne Balz und Kristina Krell haben dafür Daten des jüngsten European Working Conditions Survey ausgewertet, der von der EU-Stiftung Eurofound alle fünf Jahre erstellt wird.

In den Ergebnissen äußere sich offenbar ein besonderes Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, schreiben die Forscherinnen. In den nordeuropäischen Ländern ist der Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszufriedenheit am geringsten ausgeprägt. Balz und Krell vermuten die Ursache dafür in den guten Bedingungen am Arbeitsmarkt und den ausgeprägten sozialen Sicherungssystemen in den nordischen Staaten.

In Deutschland sind nach der Gesis-Auswertung knapp neun von zehn Beschäftigten mit ihrer Arbeit zufrieden. Von den Unzufriedenen gehört ein großer Teil zur Gruppe der Beschäftigten, die schätzen, dass sie in den kommenden sechs Monaten ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Das fürchten 11 Prozent der Befragten in Deutschland. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie mit ihrer Arbeit zufrieden sind, ist 80 Prozent niedriger als bei Befragten mit einem sicheren Job. Wer unzufrieden mit seinem Arbeitsplatz ist, klagt häufig auch über fehlende Unterstützung durch Vorgesetzte und gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz. EU-weit beeinträchtigen diese beiden Faktoren am stärksten die Unzufriedenheit mit dem eigenen Arbeitsplatz. Der Anteil der Zufriedenen schwankt zwischen 63 Prozent in Griechenland und 95 Prozent in Dänemark.



Auch diejenigen, die insgesamt mit ihrer Arbeit zufrieden sind, sehen Probleme: So berichtet jeder dritte Deutsche, dass er von seinem direkten Vorgesetzten selten oder nie unterstützt wird. In keinem anderen europäischen Land fühlen sich die Beschäftigten derart vernachlässigt. Der EU-Schnitt liegt bei 19 Prozent. Überdurchschnittlich hoch ist auch der empfundene Stress. EU-weit geben 26 Prozent an, „Stress bei der Arbeit“ zu erleben. In Deutschland sind es 31 Prozent. 18 Prozent der deutschen Beschäftigten schätzen, dass sie ihre Arbeit im Alter von 60 Jahren aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausführen können. In der gesamten EU gehen davon 25 Prozent aus. ◀

* Quelle: Anne Balz, Kristina Krell: Unsicherheit des Arbeitsplatzes mindert Arbeitszufriedenheit besonders in Deutschland, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 48, Juli 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Psychostress im Job weltweites Problem

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz können krank machen. Dem lässt sich entgegenwirken: Durch Prävention im Betrieb, Gelegenheit zum lebenslangen Lernen und sozialstaatliche Absicherung.

Wer im Job häufig psychosozialen Stress erlebt, trägt ein erhöhtes Risiko, krank zu werden. Das belegen zahlreiche Studien aus dem In- und Ausland, die Johannes Siegrist in den vergangenen Jahrzehnten aufgearbeitet oder selbst veröffentlicht hat. Für eine neue Untersuchung hat der Professor für Medizinsoziologie an der Universität Düsseldorf zusammen mit seinem Kollegen Nico Dragano Daten aus fünf internationalen Befragungen ausgewertet, die in Europa, den USA, Japan und Südkorea Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und Gesundheit älterer Beschäftigter beleuchten. Damit kann sich die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie der beiden Professoren auf Auskünfte von mehr als 16.000 Beschäftigten im Alter von 50 bis 64 Jahren stützen.*

Depressionen und Herzprobleme. Die Daten zeigen: Psychosoziale Arbeitsbelastungen sind über Ländergrenzen und Kontinente hinweg eine Gesundheitsgefahr. Zwei Typen von psychischen Belastungen, die sich mit den Methoden der Medizinsoziologie gut abgrenzen lassen, gelten als besonders problematisch: Der erste liegt vor bei Beschäftigten, die große Arbeitsmengen bewältigen müssen, ohne dass sie entsprechende Einfluss- oder Entscheidungsmöglichkeiten besitzen. Der zweite betrifft Arbeitnehmer, die für ihre Arbeitsleistung keine angemessene Gegenleistung in Form von Gehalt, Anerkennung, Aufstiegschancen oder Arbeitsplatzsicherheit erhalten und so eine „Gratifikationskrise“ erleben. Nach Siegrists und Draganos Analyse leiden ältere Arbeitnehmer, die von solchen Belastungen betroffen sind, weltweit signifikant häufiger an depressiven Störungen. Sie schätzen ihre Gesundheit auch merklich schlechter ein als andere Beschäftigte. Außerdem berichteten die Stress-Betroffenen während eines zweijährigen Beobachtungszeitraums deutlich häufiger über Herzbeschwerden als Vergleichspersonen.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wirken sich aus. Jenseits des globalen Befundes, dass psychosoziale Belastungen im Job das Krankheitsrisiko erhöhen, beobachten die Wissenschaftler deutliche Unterschiede zwischen den untersuchten Staaten. Offenbar haben auch die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und das soziale Sicherungssystem Einfluss darauf, wie verbreitet psychosoziale Belastungen sind – und in welchem Maße sie sich auf die Gesundheit auswirken.

Mit komplexen statistischen Verfahren haben die Forscher relevante Faktoren identifiziert: In Ländern, in denen viele Ältere weitergebildet werden, ist der Anteil der psychisch belasteten älteren Beschäftigten vergleichsweise gering. Der gleiche Trend zeigt sich laut Studie bei Staaten mit einer hohen Erwerbsquote von Menschen über 55 Jahren. Mögliche Erklärung: „Länder, die explizites Interesse an einer höhe-

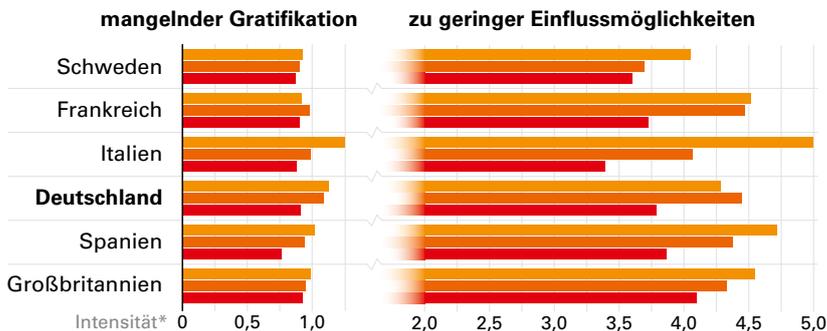
ren Erwerbsbeteiligung älterer Menschen haben“, könnten „mehr unternehmen, um belastende und restriktive Arbeitsbedingungen abzubauen“, so die Wissenschaftler. Außerdem zeigt die Datenanalyse, dass der Zusammenhang zwischen beruflichen Gratifikationskrisen und depressiven Störungen in Ländern weniger ausgeprägt ist, die eine weit reichende sozialstaatliche Absicherung von wirtschaftlichen Existenzrisiken aufweisen.

Im Ländervergleich schneiden die süd- und osteuropäischen Staaten am schlechtesten ab, wenn es um die Verbreitung psychosozialer Belastungen am Arbeitsplatz geht. Dagegen geben ältere Beschäftigte in Schweden und Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz vergleichsweise selten an, von seelisch ungesunden Arbeitsbedingungen betroffen zu sein. Relativ gut fallen auch die Werte für die USA aus. Das

Bei niedrig Gebildeten oft hoher Druck

Die psychische Arbeitsbelastung beträgt im Mittel für Beschäftigte mit

■ geringer ■ mittlerer ■ hoher Bildung in Folge...



* höhere Werte entsprechen größerer Belastung; Quelle: Siegrist, Dragano u.a. 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

könnte aus Sicht der Forscher mit einer recht hohen Weiterbildungsquote in den Staaten zusammenhängen. Deutschland rangiert im Mittelfeld.

Um Beschäftigte vor den gesundheitlichen Risiken chronischer Stresserfahrungen zu schützen, empfehlen die Wissenschaftler Verbesserungen in den Betrieben. Dazu zählen sie mehr Teamarbeit, Job-Rotation, eine gezielte Qualifikation Älterer und eine „faire Entlohnung unter Beachtung von Lebensarbeitszeit und Betriebstreue“. Zusätzlich halten die Forscher aber auch Investitionen in überbetriebliche arbeits- und sozialpolitische Programme für notwendig, um gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen zu stärken. Das komme gerade in einer alternden Gesellschaft auch den Unternehmen zugute, betonen sie: „Bessere Qualität der Arbeit bedeutet auch längere und gesündere Beschäftigungsfähigkeit der von diesen Maßnahmen profitierenden Beschäftigten.“ ◀

* Quelle: Johannes Siegrist, Nico Dragano u.a.: Arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren bei älteren Beschäftigten im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat: Eine internationale Studie, Abschlussbericht, Juli 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Mit vier Schritten aus der Krise: Eurozone braucht neue Balance

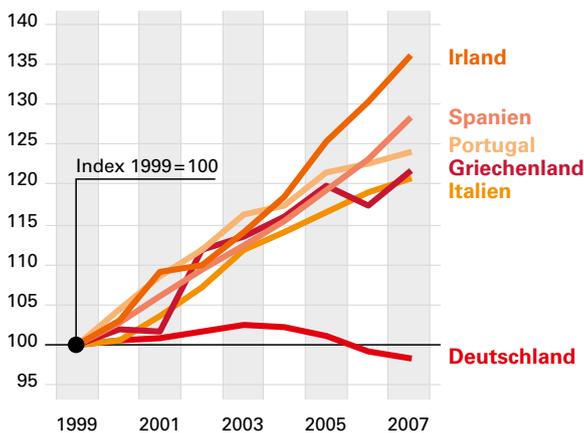
Zweieinhalb Jahre Eurokrise – und kein Ende in Sicht. Mit der richtigen Strategie könnte Europa jedoch aus der Krise herauswachsen. Wie das geht, zeigt eine umfassende Untersuchung des IMK.*

Trotz vielfältiger Rettungsversuche sind die Finanzmärkte nicht davon überzeugt, dass der Euro Bestand haben wird. Im Gegenteil: Die Zinsen der Krisenländer vor allem im Süden Europas sind immer noch zu hoch. Die Möglichkeit weiterer Schuldenschnitte wie der Griechenlands im Frühjahr 2012 lässt Anleger zögern, den angeschlagenen Staaten Geld zu leihen. Die EU-Vorgabe, strikt zu sparen, lässt Europas Wirtschaft schrumpfen und die Arbeitslosigkeit steigen.

von den Euroländern Anfang März 2012 beschlossene Fiskalpakt fokussiert auf die Verschuldung der Mitgliedstaaten. „Wichtiger als die Höhe der maximalen Schuldenstandsquote ist aber, wie diese fiskalpolitisch zu erreichen ist“, schreiben die Forscher. Die jetzigen Regeln trieben die Krisenstaaten immer weiter in die Rezession, warnen sie. Es wäre besser, einen Ausgabenpfad festzulegen und einen Teil der Steuereinnahmen aus einer konjunkturabhängigen Steuerart, bei-

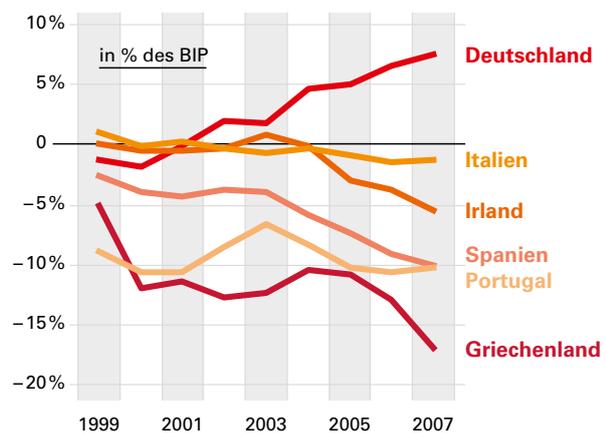
Deutschland und die EU-Krisenstaaten: Der Weg in die Sackgasse

Die nominalen Lohnstückkosten entwickelten sich in ...



Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Die Leistungsbilanzsalden entwickelten sich in ...



Doch das muss nicht ewig so weitergehen. Die Wirtschaftsforscher des IMK haben sowohl kurz- als auch langfristige Lösungsvorschläge für Wege aus der Eurokrise erarbeitet. **Kurzfristig** schlagen sie vor:

1. Bereitschaft der Europäischen Zentralbank (EZB), unbegrenzt zu intervenieren. Hier hat die Notenbank Anfang September bereits den entscheidenden Schritt getan. Sie erklärte, unter bestimmten Umständen unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenländern kaufen zu wollen, um die Kurse dieser Wertpapiere zu stützen und die Renditen auf ein erträgliches Niveau zurückzuführen.

2. Bekenntnis der Regierungen aller Euroländer, die Krise gemeinsam zu bewältigen. Das heißt im Klartext: Keiner fliegt raus aus dem Euro, auch Griechenland nicht. Genauso wenig wird es weitere Schuldenschnitte geben. „Eine Art von Schuldentilgungsfonds wäre ein praktikabler Weg, diese Zielsetzung institutionell umzusetzen“, so die Forscher. Denn bei einer gemeinschaftlichen Garantie aller Schulden über eine Schuldenquote von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Eurolands hinaus wären keine Schuldenschnitte nötig.

3. Regeln nicht nur für den Abbau von Staatsschulden, sondern auch von Leistungsbilanzungleichgewichten. Der

spielsweise der Einkommensteuer, für die Rückführung der Schulden vorzusehen.

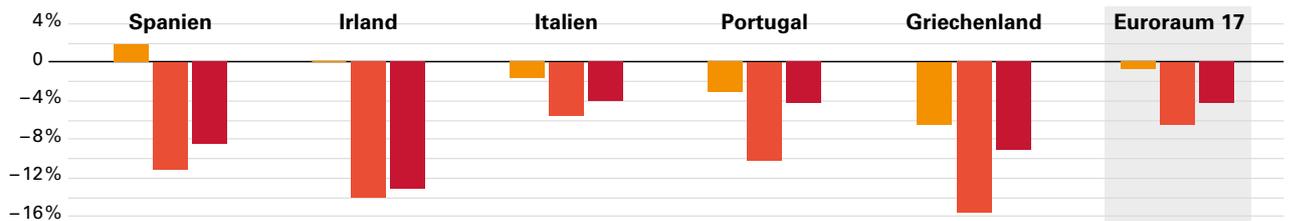
Zudem „liegen der gegenwärtigen Krise nicht primär die hohe Staatsverschuldung zugrunde, sondern Leistungsbilanzdefizite“, so die Analyse der Wirtschaftswissenschaftler. Stark unterschiedliche Leistungsbilanzsalden deuteten unabhängig vom Vorzeichen auf sich anbahnende Zahlungsbilanzprobleme hin: auf eine übermäßige Verschuldung des Privatsektors oder des Staats im Ausland beziehungsweise auf einen übermäßigen Aufbau von Forderungen gegenüber dem Ausland.

Da die Geldpolitik Eurolands im Grundsatz einheitlich ist, ist zur Bewältigung der länderspezifischen Probleme in erster Linie die Fiskalpolitik gefordert, erläutert das IMK. In Defizitländern wie Griechenland oder Spanien müsse die Fiskalpolitik restriktiver ausgerichtet werden, wenn sich keine Besserung der Außenhandelsposition einstellt – zum Beispiel über höhere Steuern.

„Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen müssen hingegen ihre Binnennachfrage steigern – auch unter Einsatz der Fiskalpolitik.“ Eine Möglichkeit wären verstärkte Investitionen des Staates. Das würde das Wachstum im Inland

Finanzkrise drückte Staaten in die Verschuldung

Die staatlichen Defizite betragen 2007, 2009 und 2011 in...



Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

und den Export der Krisenländer anregen. „Kehrt sich das Wachstumsgefälle im Euroraum dergestalt um, so ist eine Überwindung der Ungleichgewichte im Euroraum auch ohne eine Verletzung des Inflationsziels der EZB möglich“, prognostiziert das IMK.

Für die Zukunft empfehlen die Ökonomen einen Sanktionsmechanismus, um gefährliche Leistungsbilanzungleichgewichte zu verhindern: Für Staaten, die gegen die Ausgleichsstrategie verstoßen, würden Strafzahlungen fällig, beispielsweise in einen der Strukturfonds der EU. Wichtig: Anders als bisher müssten Sanktionen symmetrisch konstruiert sein, sie gälten also gleichermaßen für Überschuss- wie für Defizitländer.

4. Zeitliche Streckung der Sparanstrengungen. Für alle Länder gelte, „dass die Sparmaßnahmen zeitlich gestreckt werden müssen“, schreiben die Forscher. Die hohe negative Wirkung von Ausgabenkürzungen während der Krise führe derzeit in eine Sackgasse. Vorübergehend sollten die Steuern auf Spitzeneinkommen im gesamten Euroraum heraufgesetzt werden, um die in der internationalen Finanzkrise aufgebaute zusätzliche Verschuldung zu reduzieren.

Langfristig plädieren die Ökonomen dafür, Anpassungsmechanismen für die Zeit nach der Krise zu beschließen. In deren Zentrum stehe die Maxime: **Eine Währungsunion ist eine Vereinbarung über ein gemeinsames Inflationsziel.** Auf mittlere Sicht schlägt das Forschungsinstitut eine Lösung vor, bei der die Souveränität im Wesentlichen bei den einzelnen

Mitgliedstaaten verbleibt. Die Entscheidungskompetenzen weiter zu zentralisieren sei zwar möglich, der politische Prozess aber wahrscheinlich vorerst zu langwierig. Daher sollten zunächst die nationalen Regierungen für die Einhaltung des Inflationsziels verantwortlich sein. Das IMK sieht die einzelnen Politikbereiche in einer klaren Hierarchie und Abfolge:

Die **Lohnpolitik** wie auch die **Wettbewerbspolitik** sind der Fiskalpolitik vorgelagert. So bergen beispielsweise zu starke Lohnsteigerungen die Gefahr, dass das Inflationsziel überschritten, zu schwache, dass es unterschritten wird. „Beides ist gleichermaßen schädlich“, betonen die Wirtschaftsforscher. Ebenso könne ein mangelhaft ausgeprägter Wettbewerb eine Gewinninflation hervorrufen.

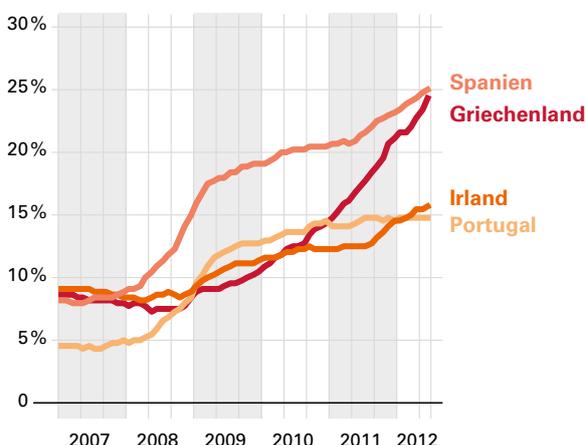
Drohten die Entwicklungen bei Löhnen und Gewinnen das Inflationsziel zu verletzen, sollte die nationale **Fiskalpolitik** gegensteuern: „Sind die Lohnabschlüsse zu niedrig, um das Inflationsziel einzuhalten, muss sie expansiv sein; bei hohen Abschlüssen restriktiv.“ Mit welchen Maßnahmen die Fiskalpolitik reagiere, sei aber Sache der nationalen Regierungen.

Auch eine national differenzierte Form der **Geldpolitik** könne zur Stabilisierung des Euroraums beitragen, erläutern die Wissenschaftler. Im Vorfeld der aktuellen Eurokrise floss Kapital vor allem aus Deutschland in Richtung Spanien, Irland und Portugal und verstärkte den dortigen wirtschaftlichen Boom. Auslöser waren scheinbar günstige Renditechancen vor allem bei Immobilien und im Finanzsektor. Hier könne – auch in einer Währungsunion – eine differenzierte Geldpolitik ansetzen: „Sie kann beispielsweise durch differenzierte Mindestreserveanforderungen die Kreditvergabe in einzelnen Euroländern gezielt fördern oder drosseln.“ Eine überschäumende Nachfrage, die zu überhöhten Inflationsraten führt, ließe sich so dämpfen.

Mit diesem Politikmix aus stabilitätsorientierter Fiskalpolitik und flankierender Geld- und Lohnpolitik sei eine im Kern dezentral orientierte Währungsunion möglich, so das IMK. Dennoch seien einige grundlegende institutionelle Veränderungen unumgänglich. So sollte ein **Europäischer Währungsfonds** (EWF) die Abweichungen der nationalen Inflationsraten und Leistungsbilanzen überwachen und Vorschläge für eine adäquate Reaktion der Politik machen. Seine Sanktionen sollten automatisch greifen – aber so niedrigschwellig ausgestaltet sein, dass der Bestand des Euroraums nicht gefährdet ist. Ideal dafür sei die Vorgabe, eine Steuer oder Abgabe zu erhöhen oder zu senken. ◀

Sparpolitik treibt Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquoten entwickelten sich in...



Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: Gustav Horn, Fabian Lindner, Silke Tober, Andrew Watt: Quo vadis Krise? Zwischenbilanz und Konzept für einen stabilen Euroraum, IMK Report Nr. 75, Oktober 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Billionen für die Bankenrettung

Nicht nur Finanzpolitiker haben EU-Staaten in die Bredouille gebracht, sondern vor allem die Banken.

Die Eurokrise ist eine ernste Herausforderung für die Demokratie. Nicht so sehr, weil einige Länder andere finanziell unterstützen müssen, sondern wegen der problematischen Beziehung zwischen öffentlichen Haushalten und Bankensystem. Das sagt Professor Matthias Kumm vom Wissenschaftszentrum Berlin.* Die unzulängliche Regulierung habe die Banken in die Lage versetzt, die Staaten „zu ihrer Rettung zu zwingen, um die Ansteckungsgefahr auf die Realwirtschaft zu bannen“. So haben die EU-Länder den Banken allein von Oktober 2008 bis Oktober 2011 Hilfgelder und Garantien im Wert von 4,5 Billionen Euro gewährt. Das entspricht mehr als einem Drittel des europäischen Bruttosozialprodukts.

Kumm weist darauf hin, dass gerade die Bankenrettungen „eine wesentliche Ursache für die wachsende Verschuldung der Mehrheit hilfsbedürftiger Staaten in der Eurozone“ seien. Die Finanzierungsprobleme einiger Eurostaaten sind nach Kums Analyse keineswegs immer eine Folge unsolider Finanzpolitik. Deutlich werde das am Beispiel Sloweniens: Nach einer Herabstufung durch Rating-Agenturen verteuerten sich neue Kredite für das Land deutlich. Der Grund für das schlechte Rating war aber nicht die staatliche Haushaltspolitik – Sloweniens Staatsschuld beträgt weniger als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung –, sondern die Befürchtung, der Staat werde letztlich für die faulen Kredite der Banken

Viel Staatsgeld für die Banken

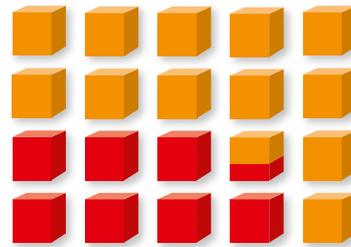
Die Europäische Kommission hat zwischen Oktober 2008 und Oktober 2011...

4,5 Billionen €

Staatshilfen für Finanzinstitutionen genehmigt

dies entspricht

37%



des europäischen Bruttosozialprodukts

Quelle: Europäische Kommission 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

geradestehen müssen. Ähnlich sieht Kumm die Situation in Spanien. Um das Primat demokratischer Politik gegenüber den Finanzmärkten wiederherzustellen, „muss die Symbiose zwischen öffentlichen Haushalten und Banken aufgebrochen werden“, schreibt der Wissenschaftler. ◀

* Quelle: Matthias Kumm: It's the banks, stupid! Die Euro-Krise als Demokratiekrise, in: WZB-Mitteilungen Nr. 137, September 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Fortschritt durch Gewerkschaften

Ohne Gewerkschaften wäre es um den Arbeits- und Gesundheitsschutz schlecht bestellt.

Die Ursachen der „Staublung“ sind seit Langem bekannt: Dass zwischen dieser Krankheit und den Arbeitsbedingungen im Kohlebergbau ein Zusammenhang besteht, sei bereits 1831 festgestellt worden, schreiben der Würzburger Ökonom Alejandro Donado und Professor Klaus Wälde von der Universität Mainz. Doch die USA hätten erst 1969 gesetzliche Vorschriften zum Schutz der Bergarbeiter verabschiedet – deutlich später als in Deutschland und nach politischem Druck von Gewerkschaften. Auch in vielen anderen Branchen seien Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten erst durch gewerkschaftliches Engagement zustande gekommen. Warum Gewerkschaften eine so entscheidende Rolle beim Arbeits- und Gesundheitsschutz spielen, versuchen die Wirtschaftswissenschaftler aus theoretischer Sicht zu klären.*

Bei ihrer Analyse gehen sie davon aus, dass viele Nebenwirkungen des technischen Fortschritts zunächst ungewiss sind. Wie sich neue Produktionsmethoden auf die Gesundheit auswirken, stelle sich erst im Laufe der Zeit heraus. Einzelne Beschäftigte hätten gar nicht die Möglichkeit, sich eine fundierte Meinung über Gesundheitsrisiken zu bilden und ihre Interes-

sen zu verteidigen. Denn einerseits beschränkten sich ihre Informationen auf die eigenen Erfahrungen, andererseits gälten Beschwerden einzelner Arbeitnehmer als wenig glaubwürdig, so die Ökonomen. Auch von demokratischen Regierungen seien Interventionen zugunsten der Beschäftigten nicht zu erwarten, solange ihre Wähler nicht über den Handlungsbedarf informiert sind. Die Folge: zu wenig Arbeitsschutzmaßnahmen.

Gewerkschaften hingegen verfügten über hinreichend viele Beobachtungen ihrer Mitglieder, um Gesundheitsgefahren glaubwürdig nachweisen zu können. Zudem hätten sie genügend politischen Einfluss, um Verbesserungen auch gegen den Widerstand von Arbeitgebern oder Politikern durchzusetzen. Damit tragen sie laut Donado und Wälde zu einer höheren gesellschaftlichen Wohlfahrt bei. Zwar habe der Arbeits- und Gesundheitsschutz zumindest in den entwickelten Staaten mittlerweile ein recht hohes Niveau erreicht. Doch nach wie vor gebe es hier Handlungsfelder für Gewerkschaften – wie beispielsweise die aktuelle Diskussion um das Burn-out-Syndrom zeige. ◀

* Quelle: Alejandro Donado, Klaus Wälde: How Trade Unions Increase Welfare, in: Economic Journal, September 2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Ohne Job oft keine Reha

Langzeitarbeitslose an der Schwelle zur Erwerbsminderungsrente bekommen seltener Reha-Maßnahmen der Rentenversicherung als Beschäftigte mit vergleichbaren Gesundheitsproblemen.

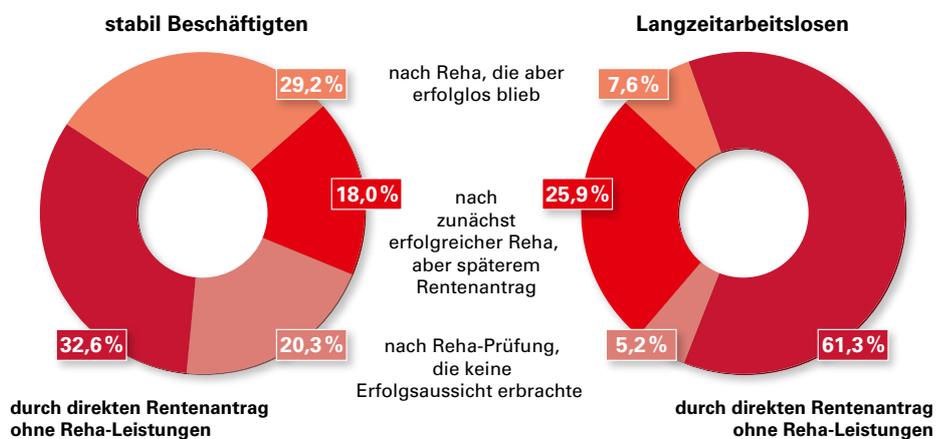
Rund ein Drittel der Erwerbsminderungsrentner, die zuletzt stabil beschäftigt oder nur vorübergehend arbeitslos waren, erhält gleich ein Ruhegeld – ohne vorher an einem medizinischen Reha-Programm der Gesetzlichen Rentenversicherung teilgenommen zu haben. Aber bei zwei Dritteln kommt der im Sozialgesetzbuch verankerte Grundsatz „Reha vor Rente“ zum Zug, selbst wenn es sich später als unmöglich erwiesen hat, die Erwerbsfähigkeit wieder herzustellen. Hingegen haben 60 Prozent der Erwerbsgeminderten, die schon Jahre vor ihrer Erwerbsminderung ohne Job waren, keine Reha-Maßnahme erhalten. 2004 waren es erst 50 Prozent. Das zeigen Berechnungen des Rentenexperten Martin Brüssig vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ).

Dass Langzeitbeschäftigungslosen seltener Reha-Programme zugestanden werden, kompensiert die Rentenversicherung Brüssig zufolge nicht durch eine großzügigere Bewilligung von Erwerbsminderungsrente. Wer gesundheitlich anhaltend beeinträchtigt ist und lange beschäftigungslos war, scheint „öfter als andere zwischen die Sicherungsnetze, die durch Rehabilitation und Erwerbsminderungsrente aufgespannt sind, zu fallen“, schreibt der Wissenschaftler im aktuellen Altersübergangsreport.* Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass die Arbeitsagentur, die als alternativer Kostenträger in Frage käme, die entstehenden Lücken vollständig schließt. All dies dürfte „zu dem hohen Anteil gesundheitlich Leistungsgeminderter unter den Arbeitslosen beitragen“, so Brüssig.

Der IAQ-Forscher geht davon aus, dass die Bewilligungschancen von Reha-Anträgen mit den individuellen Arbeitsmarktaussichten zusammenhängen: Wer erwerbsgemindert und ohne Job ist, müsse nicht nur wieder gesund werden, sondern auch noch einen neuen Arbeitsplatz finden. Zudem

Stabil Beschäftigte haben mehr Chancen auf Reha

Der Übergang in die Erwerbsminderungsrente erfolgte 2010 bei...



Quelle: Brüssig 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

sei das Erwerbsinteresse von Langzeitbeschäftigungslosen mit schlechter körperlicher Verfassung häufig nicht mehr sehr ausgeprägt – viele sehen sich selbst bereits mehr als Rentner denn als Arbeitsuchende, wie andere Studien zeigen.

Insgesamt war 2010 ein gutes Viertel der Neuzugänge in die Erwerbsminderungsrente vorher langzeitbeschäftigungslos. Nur ein Drittel kam aus einer stabilen Beschäftigung. ◀

* Quelle: Martin Brüssig: Erwerbsminderung und Arbeitsmarkt, Altersübergangsreport 4/2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Erwerbsminderungsrente: Kein Ventil für den Arbeitsmarkt

Welchen Einfluss hat die Lage am Arbeitsmarkt auf Anträge und Bewilligungen von Erwerbsminderungsrenten? Dieser Frage ist der IAQ-Forscher Martin Brüssig mithilfe von Regionaldaten der Rentenversicherung nachgegangen. Bei dieser für Deutschland erstmals vorgelegten Regionalanalyse zeigen sich erhebliche Differenzen. Während in

Mecklenburg-Vorpommern jährlich mehr als zehn Menschen je 1.000 Sozialversicherte in Erwerbsminderungsrente gehen, sind es im Raum Stuttgart nur gut drei. Daraus den Schluss zu ziehen, dass in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit schneller eine Erwerbsminderungsrente bewilligt werde, greife aber zu kurz, betont der Wissenschaftler.

Seine Berechnungen zeigen zwar einen Zusammenhang zwischen regionaler Arbeitslosenquote und der Zahl der bewilligten Erwerbsminderungsrenten. Allerdings ist er nicht besonders stark. Um die regionale Streuung befriedigend erklären zu können, wären Brüssig zufolge weitere Untersuchungen nötig. Jedenfalls sei „die Erwerbsminderungs-

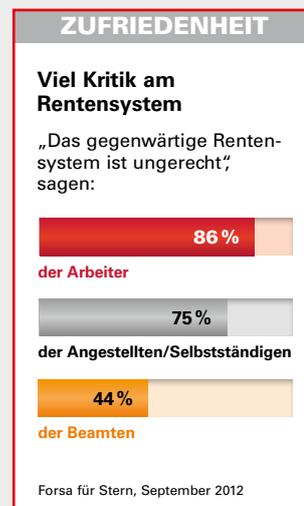
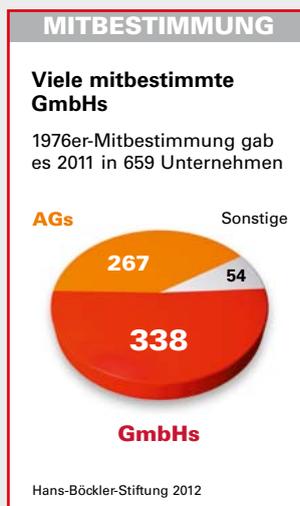
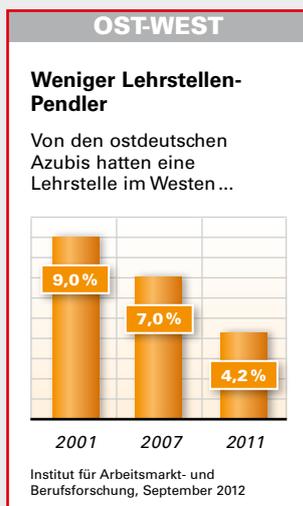
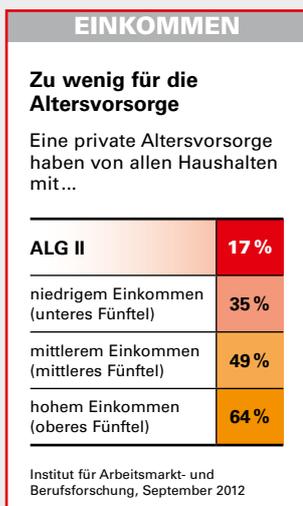
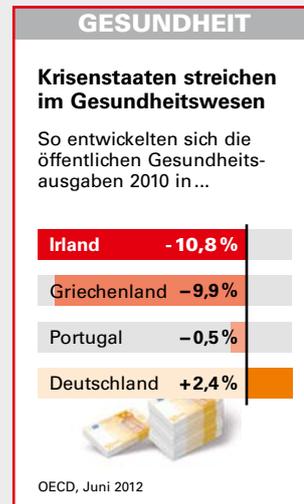
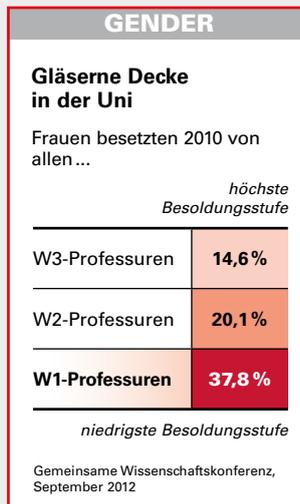
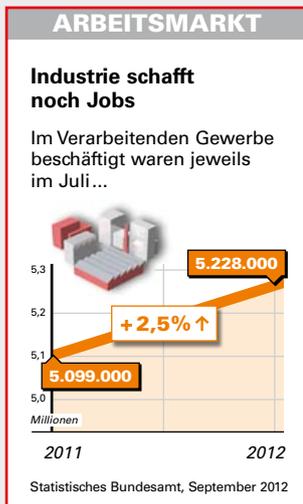
rente in Deutschland kein relevanter Weg einer arbeitsmarktgetriebenen Frühverrentung“. In Deutschland seien viele Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit arbeitslos, die in anderen Ländern eine Erwerbsminderungsrente oder eine andere Sozialleistung mit ähnlicher Funktion bekämen.

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft, Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **EINKOMMEN:** Der Einkommensabstand zwischen Hoch- und Geringqualifizierten hat sich in den entwickelten Ländern vergrößert. Nach Angaben der OECD verdiente ein Mann mit akademischer Ausbildung im Jahr 2010 rund 67 Prozent mehr als ein Erwerbstätiger mit mittlerer Reife als höchstem Bildungsabschluss. Zwei Jahre zuvor habe sich die Differenz erst

auf 58 Prozent belaufen. Bei den Frauen stieg der Einkommensabstand im OECD-Mittel von 54 Prozent im Jahr 2008 auf 59 Prozent. Auch die allgemeinen Arbeitsmarktchancen sind für geringer Qualifizierte deutlich schlechter. So ist die Arbeitslosenquote bei Akademikern um rund ein Drittel und bei Akademikerinnen um etwa zwei Fünftel niedriger als

bei Männern oder Frauen mit mittlerem Bildungsabschluss. OECD, September 2012

► **ARBEITSWELT:** 70 Prozent aller Erwerbstätigen in Europa arbeiten im Dienstleistungssektor. Zwischen den Jahren 2000 und 2011 hat sich die Quote damit um acht Prozentpunkte erhöht, wie die Statistikbehörde Eurostat mitteilt. In den sogenannten nicht-marktbestimmten Dienstleistungs-

bereichen, also beispielsweise dem staatlichen Gesundheitswesen oder der öffentlichen Verwaltung, seien 30 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt. Besonders hoch ist der Anteil der Dienstleistungsbeschäftigung in Großbritannien und den Niederlanden mit fast 80 Prozent. Deutschland liegt im EU-Durchschnitt. OECD, September 2012